

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/199

15. Oktober 1976

Trotz alledem Verhandlungen

Anmerkungen zu den "Wahlen" in der DDR

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Das atomare Ei des Kolumbus wird gesucht

Jet-Projekt erneut auf der Tagesordnung des EG-Ministerrats

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 69 Zeilen

Maßstab für die Theorie ist die Praxis

Zur Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Milton Friedman

Seite 5 / 30 Zeilen

Neue Rufnummer:

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-221
Telefon: 22 60 87 - 88
Telex: 09 86 840-48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Trotz alledem Verhandlungen

Anmerkungen zu den "Wahlen" in der DDR

Bei den am Sonntag stattfindenden Wahlen zur Volkskammer der DDR haben die Bürger des zweiten deutschen Staates keine Möglichkeit, zwischen Parteien eine Auswahl zu treffen. Eine demokratische Alternative gibt es nicht. Diesen Wahlen fehlt jedes Element der Spannung, weil die 96prozentige Zustimmung zur Liste der Nationalen Front vorprogrammiert ist. Über den undemokratischen Charakter dieser Wahlen gibt es unter den demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages keine Meinungsverschiedenheit.

Der CDU-Deutschland-Politiker Olaf v. Wrangel nahm die Volkskammerwahlen jedoch zum Anlaß, um die Bundesregierung aufzufordern, den "Nationalen Vertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland" auch für die DDR wieder zu dokumentieren und auf der KSZE-Nachfolgekonferenz die Prinzipien des Korbes III auch für die Menschen in der DDR durchzusetzen.

Anstatt von gegebenen Realitäten auszugehen, um diese allmählich zu verändern, wird also vernunftwidrig versucht, die Politik des Alles-oder-Nichts fortzusetzen. Geprägt vom Geist eines militanten "Antikommunismus" hält die Union am "nationalen Vertretungsanspruch" der Bundesrepublik für ganz Deutschland fest und ist nicht gewillt, aus dem Grundvertrag die Konsequenzen zu ziehen und die DDR ungeachtet ihrer Legitimitätsängel als gleichberechtigten Staat vertragskonform zu respektieren. Permanente Anklagen sollen als Hebel benutzt werden, um

15. Oktober 1976

die Regierung der DDR unter Druck zu setzen und Zugeständnisse für die Menschen zu erzwingen. Die Lehren der gescheiterten Politik der Stärke der 50er und 60er Jahre werden ignoriert.

Wer heutzutage im Geiste des militanten "Antikommunismus" und dem Stil des Alles-oder-Nichts kaum verhüllt die innere Aufweichung der DDR anstrebt und zur Auflehnung ermuntert, der vergiftet nicht nur das Klima für Verhandlungen, sondern macht solche weitgehend unmöglich. Noch immer hat die Union nicht begriffen, daß sich konstruktive Deutschlandpolitik ohne oder gegen die Regierung der DDR überhaupt nicht mehr gestalten läßt und daß eine angemessene nationale Vertretungspflicht jegliche Verhandlungen blockieren würde.

Nicht durch verbale Regimekritik, sondern nur durch ein geduldiges Aufspüren jener Punkte, in denen eine Übereinstimmung gegeben oder ein Ausgleich der Interessen möglich ist, sind weitere Vereinbarungen für mehr Normalisierung und mehr Menschlichkeit in Deutschland zu erwirken. Wer Fortschritte in der Deutschlandpolitik anstrebt, muß gewillt sein, die kommunistischen Machthaber trotz gegebener Menschenrechtsverletzungen als Verhandlungsgegenüber zu respektieren und mit ihnen zäh zu verhandeln. Wer sich auf massive Anklagen beschränkt, will nicht ernsthaft verhandeln und gutnachbarliche Beziehungen anstreben, sondern nimmt die Vereisung der deutsch-deutschen Beziehungen und letztlich sogar den Kalten Krieg in Kauf.

Dr. Herbert Prauß
(-/15.10.1976/va/pr/ea)

+ + +

Das atomare Ei des Kolumbus wird gesucht

Jet-Projekt erneut auf der Tagesordnung des EG-Ministerrats

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und
Forschung des Europäischen Parlaments

Über eines sind sich die Politiker, die zuständigen Minister und Ministerialbeamten, die einschlägige Industrie und die Kernforscher in der Europäischen Gemeinschaft einig: Europa sollte weitermachen mit der Erforschung der kontrollierten Kernfusion. Auch Prof. Edward Teller, der gar keinen Wert mehr auf den Titel "Vater der Wasserstoffbombe" legt, hat dieser Tage in Bonn auf die außerordentliche Bedeutung der Kernfusion hingewiesen. Gelänge es, den Vorgang, der sich in der Wasserstoffbombe in Sekundenbruchteilen und auf der Sonne seit Jahrmilliarden abspielt, technisch so in den Griff zu bekommen, daß die dabei freigesetzte Energie für die Elektrizitätserzeugung nutzbar würde, dann wären auf einen Schlag die Energieprobleme unserer Erde auf unabsehbare Zeit gelöst.

Seit rund zwanzig Jahren wird - vornehmlich in den USA, in der Sowjetunion und in der Europäischen Gemeinschaft - an der Lösung dieses Problems gearbeitet. Man weiß, wie ein Fusionsreaktor theoretisch funktionieren müßte: Da es keinen Stoff auf Erden gibt, der bei einer Hitze von hundert Millionen Grad nicht unverzüglich verdampfen würde, muß man diese für die Kernfusion erforderliche Hitze in elektromagnetische Felder einschließen. Der Teufel steckt dann im Detail.

Auf dem Wege zur technischen Beherrschung der bei diesem komplizierten Prozeß entstehenden Temperaturen, Drücke und magnetischen Kräfte hat der Mensch große Fortschritte erzielt. Mal waren es die Sowjets, ein andermal die Amerikaner und nicht zuletzt auch unsere deutschen Forscher in Garching bei München oder ihre Kollegen in Culham/Großbritannien, die neue Tricks fanden oder bisher ungeahnte Lösungsmöglichkeiten aufzeigten. Da es sich bisher um Grundlagenforschung handelt, zögerte man nicht, über Ländergrenzen und Eisernen Vorhang hinweg die Erfahrungen auszutauschen. So ist es auch ge-

sicherte Erkenntnis, daß die Fusionsforscher in der Europäischen Gemeinschaft mit an der Spitze liegen.

Um diesen Vorsprung zu halten, beschloß der EG-Ministerrat schon vor mehr als Jahresfrist, die nächste Forschungsstufe anzugehen und die Mittel in Höhe von 6,75 Milliarden Belgischen Franken bereitzustellen für eine Maschine, die rund zehn Millionen Grad Celsius erzeugen kann und Joint European Thorus ("JET") genannt wird. Nur eine ganze Kleinigkeit ist noch zu entscheiden: der Standort, an dem dieser JET errichtet werden soll.

Die EG-Kommission sprach sich für die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Gemeinschaften in Ispra am Lago Maggiore/Norditalien aus. Begründung: Dort bestehe seit Jahrzehnten ein eingespieltes Team von Wissenschaftlern und Technikern. Dort seien Hallen, gut bewacht und mit allen Energie-Anschlüssen versehen; dort sei ausreichend elektrischer Strom für die hohen Anforderungen des JET-Projektes; dort sei Wohnraum für die Mitarbeiter vorhanden, und sogar eine Europa-Schule befinde sich dort. Mehrere Fraktionen des Europäischen Parlaments schlossen sich dieser Meinung an. Doch nicht alle...

Mittlerweile hat es sich nämlich herumgesprochen, daß der Standort Ispra nicht ganz so zweckmäßig ist, wie es auf den ersten Blick schien und wie es die EG-Kommission darstellte. Die Wissenschaftler und Techniker von Ispra verstehen eine ganze Menge von Kernspaltung und Reaktorsicherheit. An Physikern, Chemikern und Technikern mit solider Grundausbildung fehlt es nicht. Die Kernfusion, d.h. die Kernverschmelzung, ist aber das Gegenteil von Kernspaltung und bringt ganz eigenartige physikalisch-technische Probleme mit sich. Auch in Frankreich gibt es Kernforscher und in Belgien oder in den Niederlanden. Ganz gezielt mit Fusionsforschung aber beschäftigten sich bisher nur die Forschungszentren in Garching bei München und in Culham bei Oxford. Diese Teams haben mittlerweile herausgefunden, daß neben dem Hauptexperiment JET eine ganze Reihe von Nebenexperimenten erforderlich sind, wenn man zügig vorankommen und sich möglichst nicht von den Sowjets oder den Amerikanern überflügeln lassen will. (Schließlich geht es auch um Arbeitsplätze und Milliardengeschäfte der Zukunft!) Zur Durchführung solcher Nebenexperimente benötigt man ebenfalls Kernfusions-Spezialisten und Spezialapparate, wie sie zur Zeit nur in Garching, in geringerem Umfang in Culham, vorhanden sind.

Diese Tatsachen sprechen eindeutig gegen Ispra, wohl aber für Garching oder Culham. Man darf deshalb gespannt sein, welchen Beschluß der EG-Ministerrat am 21. Oktober fällt, wenn das Thema JET-Standort auf der Tagesordnung steht. Bisher waren die Engländer, die Franzosen, die Italiener und nicht zuletzt die Deutschen überzeugt davon, daß der JET-Standort nur in ihrem Lande liegen könne. Jetzt steht der Rat vor der Aufgabe, das Ei des Kolumbus zu suchen. Und das muß schnell gehen, denn die anderen Fusionsforscher außerhalb der Gemeinschaft in Ost und West schlafen nicht!

(~/15.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Maßstab für die Theorie ist die Praxis

Zur Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Milton Friedman

Es ist selten, daß ein Wirtschaftswissenschaftler seine Theorie weitgehend unverfälscht in der Praxis angewandt sehen kann. Der US-amerikanische Prof. Milton Friedman, der neue Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, kann es: In Chile wird nach seiner Rezeptur Wirtschaftspolitik gemacht.

Ganz nach Friedmans Vorstellungen ist dabei das scharfe Abbremsen der Inflation und die Geldwertstabilität oberstes Ziel. Hier sind bislang auch Erfolge erzielt worden: Von 280 vH, im Jahre 1973 über 415 vH im letzten Jahr sank die Inflationsrate auf nun ungefähr 140 vH. Man hat dies erreicht durch drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, durch Entlassung von 20 vH der Staatsbediensteten, durch die Verringerung der umlaufenden Geldmenge, durch die faktische Einfrierung der Löhne sowie im außenwirtschaftlichen Bereich durch den Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Der Preis dafür war hoch, er ist bezahlt worden in "sozialen Kosten":

- Die Arbeitslosigkeit ist von einer unbedeutenden Größenordnung unter Ailende auf amtliche 16 vH, wahrscheinlich aber auf mindestens 20 vH angestiegen;
- weite Kreise der Bevölkerung, auch in der Mittelschicht, sind verarmt: die Inlandsnachfrage nach Industriegütern ging um 23,5 vH zurück;
- Hunger, früher in Chile weitgehend unbekannt, ist heute eine verbreitete Erscheinung.

Die Anwendung der Theorie von Milton Friedman hat gezeigt, daß Wissenschaft nicht ohne die Beachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge gemacht werden soll. Das chilenische Volk hat schließlich den Preis dafür gezahlt. Die Geschehnisse in Chile haben aber auch gezeigt, daß Wissenschaft und ihre Ergebnisse nicht ohne ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen bewertet werden dürfen. Es gibt wohl kaum ein besseres Beispiel zur Unterstützung dieser Forderung als die Praxis der Theorie von Milton Friedman, der nun den Nobelpreis erhalten hat.

Dr. Walter Zöllner
(-/15.10.1976/vo/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller